

: Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung leben immer mehr Menschen in Deutschland am Existenzminimum. Der Armutsbericht 2017 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes belegt, dass die Armutsquote im Vergleich zu den Vorjahren in Deutschland gestiegen ist und einen neuen Höchststand erreicht hat. Insgesamt leben 12,9 Millionen Menschen in Deutschland unter der Armutsgrenze. Auch in Hessen wächst die Armutsgefährdungsquote Jahr für Jahr und betrug 2016 15,1 Prozent. Im Vergleich zu 2010 ist dies ein Anstieg um drei Prozent. Dies sind Tendenzen, die alarmierend sind und auch immer stärker Kinder und Jugendliche betreffen. In Hessen lebt in etwa jedes fünfte Kind unter 18 Jahren in ärmlichen Verhältnissen.

Laut Forschung sind besonders zwei Risikogruppen von Armut gefährdet: Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Da der Arbeitsmarkt nicht auf die Bedürfnisse von berufstätigen Eltern zugeschnitten ist, stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine große Herausforderung für diese Familien dar und sie sind vermehrt auf den Bezug von Transferleistungen angewiesen. Das materielle Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen ist maßgeblich von der finanziellen Lage der Eltern abhängig. Laut dem Armutsbericht 2017 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes decken die im SGB XII festgelegten Regelsätze dabei nicht die besonderen Bedarfe der Familien bzw. der Kinder und Jugendlichen.

Vor dem Hintergrund dieser Situation wird im fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung festgestellt, dass sowohl arbeitsmarktpolitisch eine bessere Erwerbsintegration von Eltern erreicht als auch die Betreuungsinfrastruktur ausgebaut werden muss, um das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu reduzieren.

In prekären Lebensverhältnissen zu leben, bedeutet für Kinder und Jugendliche, dauerhaft mit tiefgreifenden Einschränkungen umgehen zu müssen, sowohl in Bezug auf materielle als auch immaterielle Bedürfnisse. Die Mittellosigkeit beeinflusst die Lebensqualität und die Zukunftschancen massiv und schränkt junge Menschen in ihren Teilhabemöglichkeiten ein. Viele Kinder und Jugendliche sind körperlich und gesundheitlich in ihrer Entwicklung eingeschränkt, leben in schlechten Wohnverhältnissen, sind selbst mit Schulden konfrontiert und von sozialen und kulturellen Angeboten ausgeschlossen. Die sozialen Unterschiede spiegeln sich auch in der Arbeit der Jugendverbände wider, wenn z.B. Eltern den Teilnahmebeitrag für ihre Kinder nicht bezahlen können. Diese Situation steht im Kontrast zur UN-Kinderrechtskonvention, die die Rechte auf soziale Sicherheit und angemessene Lebensbedingungen zusichert.

In der Phase des Aufwachsens spielt die Schule als zentraler Entwicklungs- und Bildungsort eine wichtige Schlüsselrolle. Unter anderem hier wird die Grundlage für die Verwirklichung der Lebensziele im Erwachsenenalter geschaffen. Da nachweislich ein Zusammenhang zwischen Einkommen, Bildungserfolg und sozialem Status besteht, werden die Chancen für junge Menschen, die aus finanziell schwachen Verhältnissen stammen, sich innerhalb des Schulsystems zu behaupten, erheblich gemindert. Jugendliche sind im Übergang von Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung ins Berufsleben von einem nicht unerheblichen Arbeitslosigkeitsrisiko betroffen. Aber auch junge Menschen in Arbeit oder im Studium erleben häufig eine Armut, die Ausgrenzung der sozialen Teilhabe nach sich zieht. Jungen Menschen wird so die Möglichkeit genommen diesen wichtigen Lebensabschnitt selbstbewusst und selbstbestimmt zu gestalten. Damit kann eine gewisse Perspektivlosigkeit einhergehen. Die Benachteiligung beginnt demnach in der frühen Kindheit und zieht sich über die Jugendphase bis zum Übergang ins Berufsleben. Auch die weitere Lebensführung wird maßgeblich davon beeinflusst. Je länger junge Menschen in Armut leben, desto stärker verfestigt sich diese Dimension in der Lebensführung und kann auf die nächste Generation übertragen werden.

: Forderungen

Der Hessische Jugendring sieht die Notwendigkeit, im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik umfassende Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel verfolgen, Kinder- und Jugendarmut in Hessen einzudämmen. Dabei soll Unterstützung angeboten und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Ein inklusives und gerechtes Bildungssystem

Die Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen abhängig sein. Die Landesregierung muss innerhalb der Bildungsinstitutionen Unterstützungsmöglichkeiten für junge Menschen fördern, die in der Kindheitsphase ansetzen und in der Jugendphase und im Übergang zum Berufsleben kontinuierlich andauern. Weiterhin sind finanzielle Hürden hinsichtlich des Bildungserfolgs von Kindern und Jugendlichen zu beseitigen. Hier ist die Landesregierung gefordert, die Lernmittelfreiheit konsequent und allumfassend zu garantieren, auch in Bezug auf die Angebote im Rahmen der Ganztagschule.

Kostenlose Betreuung und Bildung von Anfang an

Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Um sozial benachteiligte Familien mit Blick auf die Möglichkeiten einer Kinderbetreuung nicht zu benachteiligen und allen Kindern von Anfang an dieselben Chancen frühkindlicher Bildung und sozialer Teilhabe einzuräumen, fordern wir kostenfreie Kinderkrippen- und Kindergartenplätze für alle Kinder bis zum Schuleintritt.

Ausbau von Beratungsangeboten

Zur Bewältigung von Armutsrisiken müssen sozial benachteiligte Jugendliche stärker gefördert werden. Wir fordern einen Ausbau der Angebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, der beruflichen Orientierung, der Schuldner_innenberatung und der Gesundheitsförderung.

Teilhabe stärken

Eine soziale Ausgrenzung und Isolation von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen ist unbedingt zu verhindern. Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) schreckt viele Anspruchsberechtigte durch bürokratische Hürden ab und wirkt stigmatisierend, weil es in Form von Sach- und Dienstleistungen erbracht wird. Die Leistungshöhe ist unzureichend und wird dem Anspruch der sozialen Teilhabe nicht gerecht. Es ist notwendig, höhere finanzielle Mittel einzusetzen und eine flexible, niedrigschwellige und unkomplizierte Inanspruchnahme zu ermöglichen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Kommunen in Hessen darin zu unterstützen, über die Einrichtung von Teilhabefonds oder über eine gesonderte Förderung im Rahmen der Jugendförderung weitere Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.